

Demografie in Afrika

Vielen Dank für das bitter nötige Aussprechen unbequemer Tatsachen (NZZ 8. 6. 17) zum erschreckend hohen Bevölkerungswachstum in Afrika. Angesichts der Brisanz der Entwicklung ist die Tabuisierung dieses Themas völlig unverständlich.

Marianne Trampe, Volketswil

Der Kommentar von Toni Stadler ist sehr interessant in Bezug auf das Bevölkerungswachstum in Afrika. Das Bevölkerungswachstum lässt sich in ganz Afrika nicht steuern, da die Regierungen überhaupt kein Interesse am Geburtenrückgang und an einer Prävention durch Verhütungsmittel haben. In allen Schichten – auch in den gebildeten – herrscht die Meinung vor, je mehr Kinder, umso besser, da es dort ja auch keine Alters- und Sozialversicherungen gibt. Hinzu kommen noch die Polygamie und religiöser Glaube – irgendwelcher Art –, welche dies noch akzentuieren. Ich habe diese Haltung und Meinung auch in vielen Gesprächen mit sehr gebildeten Afrikanern festgestellt. Viel zu lange wurde von allen internationalen Organisationen und Hilfswerken das Thema Geburtenkontrolle und Bevölkerungswachstum in Afrika einfach ignoriert, und auch heute wird das Thema noch einfach totgeschwiegen.

Emil Schreyger, Zumikon
Präsident des Solidaritätsfonds
Zentralamerika und Afrika

Offenlandbiotope in Bedrängnis

Der düsteren Zustandsbeschreibung der schweizerischen Biodiversität im Interview (NZZ 2. 6. 17) mit dem Direktor von Info Flora, Stefan Eggenberg, ist ebenso beizupflichten wie seinen landschaftspolitischen Forderungen nach neuen Flächen für die Artenvielfalt. Würden diese erfüllt, so könnte man tatsächlich eine optimistische Prognose für 2050 wagen.

Allerdings müssten weitere Ursachen und Massnahmen mitberücksichtigt werden, um auch jenem Teil des alpinen Biodiversitätsspektrums eine Zukunft zu geben, der von der Kulturlandschaft abhängig ist. Einerseits leidet die Artenvielfalt im Berggebiet ebenfalls unter der Intensivlandwirtschaft in Gunstlagen, andererseits schrumpft sie als Folge der Aufgabe der Bewirtschaftung in Un-

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbrief
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

gunstlagen in dramatischem Tempo aufgrund von Verbuchung und Verwaldung. Die lichthungrigen Tier- und Pflanzenarten dieser menschgeschaffenen Offenlandbiotope werden ihrer Existenzgrundlage beraubt und verlieren im Wald den Konkurrenzkampf mit den schattentoleranten Arten. Eigentliche Biodiversitätswästen entstehen durch die grassierende Verbuchung des Alpenraums mit Grünerlen. Dank ihren stickstoffassimilierenden Wurzelbakterien gedeihen diese üppig und verdrängen die weidentypischen Pflanzen radikal. Der Einsatz von Engadiner Schafen zur Elimination der Grünerlen ist zwar erfolgreich, aber diese – wie auch weitere Massnahmen zur Reaktivierung des Artenreichtums – können nur mit ökologisch orientierten Direktzahlungen finanziert werden. Und dazu braucht es, neben dem Druck auf die Politik, auch eine vermehrte Sensibilisierung der Bevölkerung dafür, was wir verlieren, wenn wir den Kampf gegen den Kulturlandverlust nicht gewinnen.

Thomas Weber-Vwegst, Zollikerberg
Schweiz. Stiftung für Alpine Forschung

Emittentenaufsicht bei der SIX-Gruppe

Christof Leisinger beschreibt das Dilemma zwischen den Interessen der Eigentümer, den Banken, die tiefpreisige Dienstleistungen wünschen, und den Performancezielen der SIX-Gruppe ausgezeichnet (NZZ 10. 6. 17). Auch mit seiner Forderung nach klaren Strategien gehe ich einig. Allerdings fehlt ein Aspekt, den es m. E. ebenfalls zu überdenken gilt. Zwar ist man bemüht, die SIX Exchange Regulation, welche die Emittenten beaufsichtigt, Firewall-mässig von der Six Swiss Exchange zu trennen, doch gehört auch die SIX Exchange Regulation zurzeit unter das Dach der SIX-Gruppe. Das liegt in der gegenwärtigen unabhängigkeitssensitiven Finanzwelt quer und exotisch in der Landschaft. Die faktische Unabhängigkeit steht und fällt heute mit der Persönlichkeit der Leitung der Six Exchange Regulation. Denn während die Swiss Six Exchange Umsatz erzielen und neue Emittenten gewinnen soll, wacht in der gleichen Gruppe eine Aufsichtsbehörde darüber, ob die IPO Prospekte regelkonform und ob die Standardbestimmungen wie IFRS oder Swiss GAAP FER in der finanziellen Berichterstattung eingehalten worden sind.

Eine Ausgliederung der Aufsichtsfunktionen aus der gewinnorientierten SIX-Gruppe würde die Glaubwürdigkeit des Enforcement stärken und die Unabhängigkeit erhöhen.

Evelyn Teitler-Feinberg, Zürich

Jekami der Geldverschleuderung

Man kann hier nicht schreiben, es sei den Anfängen zu wehren. Die Pandora-büchse wurde nämlich schon mit der SNB-Gewinn-Ausschüttung geöffnet (NZZ 12. 6. 17). Die kantonalen Finanzdirektoren sowie in deren Schlepptau viele Regionaljournalisten schauen eigentlich nur noch darauf, ob die Zentralbank das Füllhorn ausschüttet und es damit den Säckelmeistern erleichtert, ihre Haushalte einigermassen im Griff zu behalten. Dass die Aufstockung des anteil-

mässig an der Bilanzsumme massiv geschrumpften SNB-Eigenkapitals weiterhin bzw. sogar gesteigerte Priorität haben müsste, ist entweder nicht bekannt oder wird verdrängt. Manchmal auch schlichtweg bestritten. Die SNB selbst äusserst sich kaum vernehmlich. Viel deutlicher wäre angezeigt.

Zum Staatsfonds: Zuallererst darf man festhalten, dass mit Susanne Leutenegger Oberholzer eine in tieferer Woll gefärbte Etatistin und Opportunistin den Vorschlag einbringt. Was es den Kritikern und Gegnern hoffentlich etwas erleichtern kann, das Projekt als das zu entlarven, was es wirklich ist. Nämlich eine Geldquelle, bei der die Unersättlichen an den Stellschrauben der Abflüsse herumfingern könnten. Was ihnen glücklicherweise bis heute bei der Nationalbank selbst verwehrt blieb. Dass der Vorschlag von der UBS kommt, lässt ebenfalls einige schräge Gedanken Revue passieren.

Die Finanzierung von Windparks kann sich also Leutenegger Oberholzer vorerst mal als geeignetes Objekt vorstellen. Warum denn etwas später nicht auch Gaskraftwerke, Kinderkrippen, Bahnlinien und fragwürdige Durchgangsbahnhöfe, AHV, IV, Armee?

Ich bin nun gespannt, ob es die bürgerlichen Parteien fertigbringen, in ihren Fraktionen Mitglieder zu bestimmen, die im Parlament und andernorts geld- und stabilitätspolitische Argumente in hoher Klarheit und Deutlichkeit vorzubringen in der Lage sind. Damit dem Jekami der gesamtwirtschaftlich schädlichen Geldverschleuderung Paroli geboten werden kann.

Erich Heini, Luzern, Pressesprecher
der SNB von 1976 bis 1984

Gefährdete Stromversorgung

Dass die Elcom nicht beurteilen kann, ob und in welcher Form unsere Wasserkraft, und damit das Rückgrat unserer Stromversorgung, gefährdet sein könnte, ist schon erstaunlich (NZZ 2. 6. 17). Dies stellt meines Erachtens doch eine der wichtigsten Aufgaben einer Aufsichtsbehörde dar. Warum also ist sie nicht mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet worden? Es wird – fast nebenbei – festgestellt, dass bei einem allfälligen Konkurs die Werke von einem anderen Eigentümer weiterbetrieben werden könnten. Glaubt man in Bern wirklich, dass sich unter den herrschenden Randbedingungen überhaupt Käufer finden liessen? Dass im Weiteren die Definition eines bestimmten Eigenversorgungsgrads viel bringen würde, wage ich zu bezweifeln. Versorgungssicherheit ist – wie richtig erwähnt wird – nicht gleich Autarkie. Man könnte sich allerdings einmal in die Lage versetzt sehen, nur noch unter grossen Schwierigkeiten Strom importieren zu können. Spätestens dann wird man zur Erkenntnis gelangen, dass die gewählte Energiestrategie 2050 und die Versorgungssicherheit eng miteinander verknüpft sind. Es braucht keinen ETH-Abschluss, um (leider zu spät) zu begreifen, dass die Sicherheit unserer Stromversorgung in erster Linie einmal durch einen stetig steigenden Anteil an «Flatterstrom» aus Photovoltaik und Wind gefährdet werden dürfte, vor allem dann, wenn nicht rechtzeitig auch flankierende – aber extrem teure – Massnahmen ergriffen werden (grosstechnische Speichermöglichkeiten, allumfassendes Smart Grid).

Hans R. Burri, Zürich

TRIBÜNE

Für eine Debatte ohne Scheuklappen

Gastkommentar

von REINER EICHENBERGER und DAVID STADELMANN

Fehlprognosen prägten die Entscheidung über die bilateralen Verträge. Berühmt wurden diejenigen von Thomas Straubhaar, der die Zuwanderung weit unterschätzte. Seine Aussagen dazu aus heutiger Sicht verdienen eine Würdigung (NZZ 1. 6. 17): Erstens nimmt Straubhaar viel Schuld auf sich. Dabei war er einer von vielen, die die Attraktivität der Schweiz systematisch unterschätzten. Seine Prognosen wurden prominent, weil wichtige politische Kräfte gleich dachten. So wies ein eindrückliches Buch von Avenir Suisse (Borner/Bodmer, 2004) warnend darauf hin, dass die Schweiz hinsichtlich des Pro-Kopf-Einkommens bis 2020 und 2030 auf den 16. bzw. 21. Platz von 23 OECD-Ländern zurückzufallen drohe. Die Zukunftsangst beruhte auf der auch damals falschen Prämisse, die besonderen Schweizer Institutionen – direkte Demokratie, kleinerer Föderalismus, Konkordanz – seien nicht zukunftsfähig. Dabei stellen sie die Hauptstärken der Schweiz dar.

Zweitens fokussiert Straubhaar weiterhin auf die Vorteile der Zuwanderung und vernachlässigt ihre Kosten. Die negativen Auswirkungen des schnellen Bevölkerungswachstums, etwa Verteuerung von Infrastruktur und Energie, Umwelt- und Klimapolitik, erwähnt er nicht. Den «Dichtestress» spricht er zwar an, meint aber, dabei handle es sich «um eine subjektive Wahrnehmung». Wohnraumknappheit und hohe Immobilienpreise rührten daher, dass «der durchschnittliche Schweizer» immer mehr Wohnraum beanspruche. Dieser Effekt sei «bei weitem stärker als jener der Zuwanderung». Tatsächlich ist diese weitverbreitete Meinung falsch. Spätestens seit 2014 ist klar und von den statistischen Ämtern bestätigt, dass seit der vollen Personenfreizügigkeit und dem beschleunigten Bevölkerungswachstum der früher übliche Zuwachs an Wohnraum pro Einwohner gestoppt wurde und vielerorts ins Gegenteil gedreht hat. Straubhaar erliegt auch hier einer Fehlpro-

Die Zuwanderung ginge deutlich zurück und würde für die Schweiz vorteilhafter selektioniert.

gnose. Bis 2013 wurde die Wohnfläche nicht gemessen, sondern aufgrund einer simplen Fortschreibung des Trends zwischen den zwei Volkszählungen von 1990 und 2000 prognostiziert.

Bemerkenswert sind drittens Straubhaars Rezepte für die Zukunft. Er empfiehlt eine verzögerte Integration der Zuwanderer ins Sozialsystem, weil «man gegen einen «gefühlten» Sozialtourismus etwas unternehmen muss». Doch für die Schweiz ist das Hauptproblem der Personenfreizügigkeit nicht «gefühlter» Sozialtourismus. Die wahren Probleme sind erstens die Überfüllungseffekte (Boden-, Infrastruktur-, Umweltverknappung) aufgrund des Bevölkerungswachstums und zweitens die Massnahmen zur Abfederung tatsächlicher und befürchteter negativer Effekte auf dem Arbeits- und Wohnraummarkt, die die Effizienz dieser Märkte senken und so grosse volkswirtschaftliche Kosten verursachen.

Die Schweiz muss deshalb das Bevölkerungswachstum auf liberale Art mittels Zuwanderungsabgaben steuern. Sie sollte von allen Neuzuwanderern (nicht von Flüchtlingen) drei bis fünf Jahre lang eine einkommensunabhängige Tagespauschale von etwa 12 bis 15 Franken – ähnlich einer Kurtaxe – verlangen. So bliebe der grosse Vorteil der Personenfreizügigkeit, dass Menschen frei und ohne bürokratische Behinderungen wandern können, erhalten. Die Zuwanderung ginge deutlich zurück und würde für die Schweiz vorteilhafter selektioniert. Nur wenn die Schweiz ihren guten Standort und ihr riesiges Nettovermögen nicht mehr verschenkt, sondern gegen einen fairen Beitrag mit den Zuwanderern teilt, haben die Schweizer Bürger Anreize, für hohe Standortattraktivität einzustehen.

Keine Angst: Die Verkleinerung der Zuwanderung durch die Abgabe bringt keine generelle Erhöhung der Lohnkosten. Das würde sie nur dann tun, wenn bisher die Erhöhung der Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit einen generellen Abwärtsdruck auf die Löhne gebracht hätte. Aber dann wäre es ja erst recht höchste Zeit für Zuwanderungsabgaben.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg i. Ü. sowie Forschungsdirektor bei Crema; David Stadelmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth und Research Fellow bei Crema.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 238. Jahrgang

REDAKTION
Chefredaktor:
Eric Gujer

Stellvertreter:

Luzi Bernet, Colette Gradwohl, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Thomas Stamm, Anja Grünenfelder, Daniel Wechlin

International: Peter Rásonyi, Andreas Riesen, Andreas Wylsing, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis, Christian Weisflog, Daniel Steinorth

Schweiz: Michael Schoenenberger, Helmut Stalder, Marcel Gyr, Paul Schneebberger, Claudia Baer, Jörg Krummenacher, Simon Gomperti, Daniel Gerny, Frank Sieber, Marcel Amrein, Erich Aschwanden, Marc Tribelhorn, Simon Hehli

Bundeshaus: Heidi Gmür, Christof Forster, Jan Flückiger, Valerie Zaslavski

Bundesgericht: Katharina Fontana

Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rütli Ruzicic, Andrea Martel Fus, Claudia Aebbersold Szalay, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl,

Werner Grundtner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer, Dieter Bachmann, Jörg Müller

Fußball: René Scheu, Roman Hollenstein, Angela Schader, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Thomas Ribl, Uwe Justus Wenzel, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Ostwald,

Philipp Meier

Medien: Rainer Stadler

Zürich: Luzi Bernet, Alois Fausi, Dorothee Vögeli, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Stefan Hotz, Adi

Kälin, Natalie Avanzino, Andreas Schürer, Fabian Baumgartner, Jan Hudoc, Lucien Scherrer

Sport: Elmar Wagner, Flurin Clalaina, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Markus Wändler, Philipp Bärtsch, Samuel Burgenner, Claudia Rey

Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis

Panorama: Katja Baigger, Susanna Ellner

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Helga Rietz

Wochenende/Gesellschaft: Colette Gradwohl, Susanna Müller, Anja Jardine, Herbert Schmidt

Nachrichtenredaktion: Anja Grünenfelder, Manuela Nyffenegger, Nina Fargahi, Tobias Bühlmann, Martina Läubli, Katrin Schreggenberger

Webproduktion: Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Rusterholz

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Gilles Steinmann, Fotogra-

fen: Christoph Ruckstuhl. Blattplanung: Philipp Müller. Pro-

duktion/Layout: Hansruedi Frei. Korrektor: Yvonne Betschon. Archiv: Ruth Haener. Storytelling: David Bauer.

Video: Sara Maria Manzo. Projekte: André Maerz

WEITERE REDAKTIONEN

Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle. NZZ am Sonntag:

Chefredaktor: Felix E. Müller. NZZ Folio: Daniel Weber.

NZZ TV/Format: Silvia Fleck. NZZ Geschichte: Peer Touwson

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich,

Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbriefe@nzz.ch,

Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich,

Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich,

Tel. 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11,

CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70,

E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1,

CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)

Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 684 Fr.

(12 Monate), 378 Fr. (6 Monate), 201 Fr. (3 Monate)

Abonnement NZZ Digital: 504 Fr. (12 Monate), 288 Fr.

(6 Monate), 156 Fr. (3 Monate)

Abonnement NZZ Digital Plus: 588 Fr. (12 Monate), 318 Fr.

(6 Monate), 171 Fr. (3 Monate), Montag bis Samstag digital,

am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler

Ausgaben: 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 €

(3 Monate), übrige Auslandpreise auf Anfrage

Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl.

digitaler Ausgaben: 816 Fr. (12 Monate), 456 Fr. (6 Monate),

246 Fr. (3 Monate)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnements-

preise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 2. 11. 2016

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu

diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistik-

unternehmen überliefert.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2017

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 115 510 Ex. (Wemf 2016)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen

Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Spei-

cherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung

durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffent-

lichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen

Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestat-

ten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustim-

mung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors